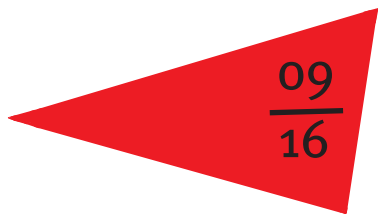


September
2016



DIE LINKE

Sozialistische Monatschrift für Dresden

**Fest der
Begegnung**

4. September
Haus der Begegnung,
Großenhainer Str. 93
11 bis 19 Uhr, Eintritt frei

EDITORIAL



von Magnus Hecht

Euer Haus

Das Haus der Begegnung in der Großenhainer Straße kennen wohl die meisten von uns. Es ist Parteizentrale mit Geschäftsstelle, mit Abgeordnetenbüros, einem Restaurant, Jugendhaus und sogar einen Copyshop gibt es dort. Damit noch mehr Leben in die Partei kommt, hat die Arbeitsgruppe Veranstaltungen des Stadtvorstandes nun ein Veranstaltungskonzept erarbeitet.

So soll es drei politisch-gesellige Festivitäten im Jahr geben: den 1. Mai, die traditionelle Weihnachtsfeier und ein Sommerfest der Partei – das „Fest der Begegnung“. Dieses findet am 4. September zum ersten Mal im HdB statt. Abends verfolgen wir dann gemeinsam die ersten Hochrechnungen der Wahl in Mecklenburg-Vorpommern.

Neben solchen Festen plant die AG aber auch politische Veranstaltungen, so wie den Besuch unseres Co-Vorsitzenden Bernd Riexinger am 30. August im Haus der Begegnung, wo er über das Thema „Rechtspopulismus in Europa“ spricht.

Neben den Veranstaltungen gibt es noch viele andere Aktivitäten im HdB, beispielsweise die kostenlose Geschirrausleihe, die Wiederaufnahme der Sozialberatung und die Ausgabestelle der Tafel. Ob nun politische Debatten, gesellige Abende oder gemeinnützige Aktionen – alle Angebote haben eines gemeinsam. Sie sollen Begegnungen schaffen. Deshalb, Genossinnen und Genossen, nehmt das Angebot an und kommt am 4. September zum „Fest der Begegnung“ in euer Haus der Begegnung.

Magnus Hecht ist seit 2012 Mitglied der Linken, derzeitiger Vorsitzender des Wir e.V. und engagiert sich in der AG Veranstaltungen.

magnus.hecht@dielinke-dresden.de

Aufruf zu den sieben bundesweiten Großdemonstrationen am 17. September

CETA & TTIP stoppen! – Jetzt wird entschieden!



Foto: Europäische Initiative gegen TTIP und CETA / stop-ttip.org

Die Auseinandersetzung um die Handelsabkommen CETA und TTIP geht nach den Sommerferien in die heiße Phase. Im Oktober soll CETA, das bereits fertig verhandelte Abkommen mit Kanada unterzeichnet werden, bis Ende des Jahres sollen die wesentlichen Eckpunkte für das TTIP-Abkommen mit den USA stehen. CETA ist das Abkommen, das zuerst dem Rat der EU vorgelegt wird und in wesentlichen Teilen eine Blaupause für TTIP darstellt. Nach dem Willen der EU-Kommission soll es als reines EU-Abkommen ohne Zustimmung der Parlamente der Mitgliedstaaten beschlossen werden. In die gleiche undemokratische Richtung geht die Absicht, CETA in wesentlichen Teilen bereits vor einer Zustimmung von Bundestag, Bundesrat und den Parlamenten der anderen EU-Mitgliedstaaten vorläufig in Kraft zu setzen.

Die Tagung des Rates der Handelsminister in Bratislava am 22. und 23. September soll den Weg für eine Unterzeichnung von CETA und die weiteren Verhandlungen über TTIP ebnet. Unter dem Motto „CETA und TTIP stop-

pen! - Für einen gerechten Welthandel!“ wird das Bündnis kurz vor diesen Entscheidungen den Widerstand gegen die Abkommen in die Breite tragen: Mit bundesweit sieben Großdemonstrationen in Berlin, Frankfurt am Main, Hamburg, Köln, Leipzig, München und Stuttgart sollen am 17. September CETA und TTIP verhindert werden. Erwartet werden insgesamt weit mehr als 100.000 Menschen.

Nach den überwältigenden Protesten im Herbst 2015 gegen TTIP und CETA in Berlin und anlässlich des TTIP-Treffens von US-Präsident Obama mit Bundeskanzlerin Merkel in Hannover im April dieses Jahres setzt das Bündnis damit seine erfolgreiche Arbeit fort.

Mit dem gemeinsamen Aufruf treten die Bündnispartner für eine Handels- und Investitionspolitik ein, die auf hohen ökologischen und sozialen Standards beruht und nachhaltige Entwicklung in allen Ländern fördert. Sie kritisieren, dass CETA und TTIP „vor allem mächtigen wirtschaftlichen Interessengruppen dienen und somit das

Ungleichgewicht zwischen Gemeinwohl- und Wirtschaftsinteressen festschreiben“. Beide Abkommen würden Demokratie und Rechtsstaatlichkeit untergraben. Statt den Wert des Freihandels über die Werte ökologischer und sozialer Regeln zu stellen, fordert das Bündnis soziale und ökologische Leitplanken für die Globalisierung.

Das Bündnis „CETA und TTIP stoppen! - Für einen gerechten Welthandel!“ reicht von dem globalisierungskritischen Netzwerk Attac und der Bürgerbewegung Campact über den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB), den Deutschen Kulturrat und den Paritätischen Wohlfahrtsverband bis zur entwicklungspolitischen Organisation Brot für die Welt und allen großen Natur- und Umweltverbänden von BUND und NABU bis Greenpeace und WWF. Insgesamt gehören 26 Organisationen dem Trägerkreis an.

Im „Blickwechsel“ auf Seite 12 dieser Ausgabe berichten wir über konkrete Auswirkungen von CETA und TTIP auf Kommunen.

Freiheit, Gleichheit, Laizität

Nach dem Scheitern des sächsischen Antrags auf dem Bundesparteitag, gibt es vorerst wohl keine Debatte über die Trennung von Kirche und Staat. Dabei gibt es viele gute Gründe für Laizität hierzulande.

von Tilman Loos

Vor dem vergangenen Bundesparteitag sorgte ein Antrag mit dem Titel „Liberté, Égalité, Laïcité“ („Freiheit, Gleichheit, Laizität“) für einiges Aufsehen. Das sicher auch, weil religionspolitische Debatten derzeit immer wieder aufploppen, beispielsweise über Beschneidungen, die „stillen Feiertage“ und das Tanzverbot oder über das Tragen des Kopftuchs. Nicht zuletzt deshalb ist die alte Frage „wie hältst du's mit der Religion“ auch für uns als Partei von Relevanz.

Der Laizismus ist seiner Wortherkunft nach ein abwertender Begriff für diejenige politische Strömung, die eine klare Trennung von Kirche und Staat gefordert hat. Derzeit gibt es nur eine handvoll laizistisch verfasster Staaten, wobei die Modelle verschiedene, ja teils konträre historische Konstruktionsgründe haben. So wurde die französische Laizität gegen die Macht der katholischen Kirche erkämpft, während die nicht-staatliche Verankerung von Religion in den USA vor allem aus der Verfolgung eingewanderter religiöser Minderheiten in ihren Herkunftsländern erfolgt.

Während in Frankreich also vor allem der Schutz des Staates vor religiöser Beeinflussung im Vordergrund stand, galt es in den USA, die Religionen vor staatlichem Zugriff zu schützen.

Über sieben Milliarden Euro Kirchensteuer

Eine der zentralen Forderungen von Laizist*innen betrifft hierzulande die Kirchenfinanzierung. Während in Frankreich Religionen wie privatrechtliche Vereine behandelt werden, können sie in Deutschland den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts haben. Das ermöglicht Steuervergünstigungen und allerlei mehr. Besonders umfangreich und direkt vom Staat finanziert werden die beiden christlichen Großkirchen. Einen erheblichen Anteil an deren Einnahmen stellt die Kirchensteuer dar. Diese muss zwar nur von Kirchenmitgliedern gezahlt werden, jedoch wird der Einzug derselben über die Steuerverwaltung des Staates abgewickelt. Die Einnahmen durch die Kirchensteuer beliefen sich im Jahr 2015 auf etwas über 4 Milliarden Euro bei der Katholischen und etwa 3,6 Milliarden Euro bei der Evangelischen Kirche.

Dass der Staat, wenn auch gegen eine kleine Servicegebühr, einigen Religionsgemeinschaften den Einzug der Mitgliedsbeiträge organisiert, ist ein nicht begründbares Privileg. Das scheinen auch die meisten Menschen in Deutschland so zu sehen: 84 Prozent der Bevölkerung lehnen dem Meinungsforschungsinstitut YouGov zufolge das deutsche Kirchensteuermodell ab.

Neben die Kirchensteuer treten zudem noch die sogenannten „Staatsleistungen“. Das sind zweckungebundene Zahlungen der Bundesländer mit Ausnahme von Bremen und Hamburg.

Diese Zahlungen gehen zurück auf den Reichsdeputationshauptschluss von 1803, in dem nach einer Welle der Verweltlichung von Kircheneigentum Entschädigungszahlungen festgehalten worden sind. Nun kann man natürlich fragen, warum die Kirchen Entschädigungen für Güter erhalten sollen, welche selbst unter nicht selten sehr fragwürdigen Bedingungen überhaupt erst Eigentum der Kirchen geworden sind. Man kann das aber

punkt der Debatten. Einigkeit besteht in bildungsbezogenen Fragen unter Laizist*innen meist dahingehend, dass Kreuze oder andere religiöse Symbole in Schulzimmern (wie auch anderen staatlichen Einrichtungen) nichts zu suchen haben, während leidenschaftlich darüber diskutiert wird, ob Lehrerinnen ein Kopftuch oder Lehrer ein Kreuz oder anderes religiöses Symbol tragen dürfen. Diejenige Seite, welches sich für ein Verbot des Tragens religiöser Symbole durch

natürlich nett, aber geht teilweise von unrealen Annahmen aus. Nur weil ein paar dutzend Leute in einer Kommission vor sich hinarbeiten gibt es nämlich keine breite Debatte – möglicherweise sogar eine schmalere als auf einem Bundesparteitag. Zumal der sächsische Antrag bereits Monate vor dem Bundesparteitag an alle anderen Landesverbände geschickt worden ist und auch vor Drucklegung des 1. Antragsheftes in der Bundesgeschäftsstelle vorlag.



Das Rathaus (Coseil General) in Perpignan (Frankreich)

Foto: Tilman Loos

auch lassen und sich vor Augen führen, dass das Jahr 1803 mittlerweile recht weit zurückliegt, und dass bereits die Weimarer Reichsverfassung von 1919 als Auftrag an die Landesgesetzgeber festgehalten hat, dass die Staatsleistungen „abzulösen“ sind. Dieser Passus der Weimarer Reichsverfassung wurde in das heutige gültige Grundgesetz übernommen und ist nach wie vor Verfassungsauftrag. Nachgekommen ist diesem Auftrag leider bisher keiner der verantwortlichen Gesetzgeber.

Sachsen zahlt für jeden Protestanten 28,88 Euro

Im Jahr 2015 betragen die Staatsleistungen aller 14 zahlenden Länder über eine halbe Milliarde Euro. Seit Gründung der BRD sind fast 17 Milliarden Euro an die Kirchen geflossen. Dabei unterscheidet sich die Höhe der Staatsleistungen Land zu Land erheblich. Je Mitglied der evangelischen Kirche zahlt Sachsen jährlich etwa 28,88 Euro – und liegt damit bundesweit auf Platz 4 hinter Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen. Je Mitglied der katholischen Kirche fließen aus Sachsen allerdings „nur“ 6,35 Euro. Neben die hier genannten direkten Finanzierungen der Kirchen treten noch einige weitere Subventionen und Vergünstigungen.

Neben der Kirchenfinanzierung sind bildungspolitische Fragen Schwer-

Lehrer*innen ausspricht, argumentiert häufig damit, dass diese den Staat repräsentieren und damit zu Neutralität verpflichtet sind. Das ist jedoch nur die eine Seite der Medaille. Denn Lehrer*innen sind, im Gegensatz zu steinernen Wänden, eben nicht bloß lebloses Inventar, sondern Menschen mit bestimmten Auffassungen. Hinzu kommt ein weiterer gewaltiger Unterschied: Während das Anbringen z. B. eines Kreuzes in einem Schulgebäude einen Verwaltungsakt darstellt, also direktes staatliches Handeln ist, stellt die Entscheidung, ein Kopftuch zu tragen, eben keinen staatlichen Verwaltungsakt dar, sondern ist die Entscheidung einer Privatperson.

Der Mut ist einer diffusen Angst gewichen

Der oben genannte Antrag wurde vom Bundesparteitag leider nicht beschlossen, sondern an den Parteivorstand überwiesen. Zuvor gab es bereits einen konkurrierenden Antrag, der kein Positionspapier beschließen wollte, sondern die Einrichtung einer Arbeitsgruppe vorgesehen hat.

Diese solle offene Fragen diskutieren, bevor sie in der Partei zur Abstimmung gestellt werden. Viele dieser angeblich offenen Fragen sind jedoch längst Beschlusslage gewesen – nämlich im Bundestagswahlprogramm von 2013. Die Idee, eine breitere Debatte zu führen, ist

Ein bisschen scheint der Umgang mit diesem Thema symptomatisch für unsere Partei geworden zu sein: Der Mut (manchmal: der, der Verzweiflung) aus den 90er Jahren ist einer diffusen Angst gewichen, man könnte es sich mit X, Y oder Z verscherzen. Dabei ist Laizismus keineswegs eine Frage der eigenen religiösen (Nicht-)Verortung, denn auch gläubige Menschen können überzeugte Laizist*innen sein. Und auch innerhalb der Kirchen gibt es immer wieder Aktive und Funktionsträger*innen, die die Verstrickung ihrer Religionsgemeinschaft mit dem Staat kritisch sehen. Mit einer klaren laizistischen Positionierung des Bundesverbandes hätte unsere Partei ein echtes Alleinstellungsmerkmal nach außen tragen können und eine klar erkennbare Linie in kommenden religionspolitischen Debatten markieren können. Doch noch ist nicht aller Tage Abend: Auf seiner Klausur hat der Landesvorstand beschlossen, in Zusammenarbeit mit anderen Landesverbänden das Thema in der Partei nach vorne zu bringen.



Tilman Loos ist gebürtiger Connewitzer, Mitglied des Landesvorstandes von DIE LINKE. Sachsen, aktiv im linXXnet

und hat als Kind so lange mit den Zeugen Jehovas diskutiert, bis diese keine Lust mehr hatten.

Wachsende Schülerzahlen und schlechte Angebote für den Lehrernachwuchs offenbaren nun die verschleppte und hausgemachte Bildungsmisere

Lehrernotstand in Sachsen

Lehrermangel in Zahlen

von Rica Gottwald

Das Schuljahr 2016/17 ist nun schon fast drei Wochen alt. Das ist doch schon mal eine sehr gute Nachricht! Aber damit nicht genug - der Großteil des Unterrichts findet auch statt. Und man hat nach oben für die kommenden Jahre noch genug Spielraum zur Optimierung.

Wünschenswert wäre, wenn der Unterricht zu 100 Prozent stattfinden würde. Dazu benötigen wir aber mehr LehrerInnen oder weniger Kinder. Zuviele der KollegInnen sind aber in den Ruhestand gegangen und viele werden in den nächsten Jahren das Gleiche tun. Außerdem gibt es auch unter den LehrerInnen KollegInnen, die krank werden, Kinder bekommen, umziehen ... Das wäre auch überhaupt kein Problem, wenn wir genügend Personal eingestellt hätten und somit eine gute Altersdurchmischung vorhanden wäre oder genügend Personal neu in den Schuldienst nach Sachsen möchte. Dem ist aber nicht so. Selbst die, die ihr Studium in Sachsen beendet haben, suchen sich lieber eine Schule in einem anderen Bundesland. Aber warum? Gründe dafür gibt es genug: 1. Sachsen hat die höchste Pflichtstundenzahl. 2. Es gibt keine Klassenleiterstunden, das heißt der/die KlassenleiterIn erledigt alles Organisatorische in seinem Fachunterricht. Das geht natürlich zu Kosten der Zeit, in der neuer Stoff vermittelt oder geübt werden könnte. 3. LehrerInnen in Sachsen verdienen weniger, als ihre KollegInnen in anderen Bundesländern. 4. Die sächsischen LehrerInnen erhalten nicht das gleiche Geld für gleiche Arbeit, sondern GymnasiallehrerInnen verdienen am meisten und GrundschullehrerInnen am wenigsten. Das führt natürlich dazu, dass kein Mensch, der sich entschließt in Sachsen auf Lehramt zu studieren, sich für die Oberschule entscheiden wird.



Gerade an Grundschulen sind besonders didaktische und pädagogische Fähigkeiten vonnöten, fordern einige Elternvertretungen
Foto: Günter Havlena / pixelio.de

Dort gibt es aber die meisten Engpässe. 5. LehrerInnen werden nicht verbeamtet. 6. In Sachsen ist das 3-gliedrige Schulsystem festgeschrieben, obwohl der Großteil der Betroffenen dieses sehr kritisch sieht und auch wissenschaftliche Studien Kritiker stärken. 7. Der Klassenteiler ist vergleichsweise sehr hoch. 8. Der Lehrerberuf steht so oft in der Öffentlichkeit am Pranger, dass jede(r) glaubt mitreden zu können, ja sogar zu müssen. 9. Die Ausgaben des Landes nehmen pro Schüler den Spitzenplatz nach unten ein und der Finanzminister rühmt sich damit auch noch.

Da aus den genannten Gründen jedem im Vorfeld klar sein musste, dass für das Schuljahr 2016/17 nicht genügend LehrerInnen zur Verfügung stehen werden, warb man um sogenannte SeiteneinsteigerInnen. Das sind Menschen,

die in Wissenschaft und Wirtschaft tätig waren und auf ihrem Gebiet natürlich Fachkräfte sind. Weil ihnen aber die pädagogische Ausbildung fehlt, werden sie nicht nur geringer bezahlt, sie müssen neben der Herausforderung des Unterrichts in guter Qualität zu halten auch noch den pädagogischen Abschluss nachholen. Was ist dann aber, wenn diese nicht durchhalten und das Handtuch werfen, weil sie sich nicht genug wertgeschätzt fühlen? Wird so in absehbarer Zeit überhaupt noch Positives aus den sächsischen Schulen berichtet werden können?



Stadträtin Rica Gottwald ist Lehrerin an einer Dresdner Mittelschule

rica.gottwald@dielinke-dresden.de

Jobcenter

Kein Anspruch auf Bestätigung

von Katja Kipping

Im Café bekommt man eine Quittung für seinen Kaffee. Wenn man eine Bahnfahrkarte im Internet bucht erhält man umgehend eine Bestellbestätigung. Was im Alltag ein normaler Vorgang ist, endet beim Jobcenter: Es besteht kein Anspruch auf eine Empfangsbestätigung für die Einreichung wichtiger Dokumente. Nicht selten fühlen sich Hartz-IV-Bezieher*innen deshalb den Behörden ausgeliefert. Seit Jahren fordern Erwerbslosenverbände einen Rechtsanspruch auf Eingangsbestätigung, weil eben regelmäßig Dokumente verloren gehen und daraufhin fehlerhafte Bescheide entstehen. Dies würde den Hartz-IV-Bezieher*innen helfen, sicherzustellen und nachzuweisen, dass ihre Unterlagen angekommen oder der Widerspruch rechtzeitig eingereicht wurde.

Das Bundessozialministerium hat meine Anfragen, ob eine Empfangsbestätigung geplant ist und ob ein Anspruch auf diese bestünde verneint. Grund dafür sei der erhebliche verwaltungstechnische Aufwand, der beim Aus-

stellen einer Empfangsbestätigung entstünde und verweist auf die Möglichkeit von Einschreibesendungen mit Rückschein. Die allerdings kosten pro Sendung 4,65 Euro, für Menschen, die jeden Euro zweimal umdrehen müssen, nicht unerheblich. Davon abgesehen ist der Behörde sonst kein Aufwand zu groß, um die Beziehenden von Leistungen zu drangsalieren – ob durch Sozialschnüffler, das Kontrollieren von Kontobewegungen oder das organisieren unsinniger Trainingsmaßnahmen.

Hier beweist Andrea Nahles wieder einmal mehr, dass ihr die Sorgen und Nöte von Hartz-V-Betroffenen egal sind. Das Hartz-IV-Sanktionssystem muss endlich abgeschafft und durch eine sanktionsfreie Mindestsicherung von 1050,- Euro ersetzt werden!



MdB Katja Kipping ist Mitglied im Arbeitskreis I: Soziales, Gesundheit und Rente im Deutschen Bundestag



Foto: Dr. Klaus-Uwe Gerhardt / pixelio.de

ANZEIGE

Politik und Gespräch, Musik und Theater, Spiel und Spaß, Information und Begegnung und natürlich: Essen und Trinken

Wie Petterson zu Findus kam
Puppenspiel
15 Uhr

Fest der Begegnung

DIE LINKE.
Stadtverband Dresden

4. September
Haus der Begegnung, Großenhainer Str. 93
11 bis 19 Uhr, Eintritt frei
www.dielinke-dresden.de

Am 22. September ist das Auftakttreffen für eine öko-soziale Gruppe im Stadtverband.

Gründung der AG Ökologie

Die InitiatorInnen der AG Ökologie suchen interessierte GenossInnen, die sich an der Gestaltung Dresdens zu einer öko-sozialen Stadt beteiligen möchten. Natürlich sind auch Nicht-Parteimitglieder eingeladen, sich einzubringen. Gemeinsam wollen wir uns zum einen austauschen über ökologische Konzepte für die Stadtgesellschaft von morgen. So wird es um naturnahe Stadtplanung gehen, um eine nachhaltig gestaltete Verkehrspolitik sowie um Energieeffizienz im öffentlichen und privaten Raum. Aber auch über den lokalen und globalen Einfluss unserer Konsum- und Ernährungsgewohnheiten wollen wir mit euch reden genauso wie über die Möglichkeit, öko-soziales Denken bereits von klein auf zu vermitteln.

Andererseits wollen wir durch Veranstaltungen und Aktionen auch Einfluss

nehmen – auf den Stadtrat, auf Wissenschaft und Wirtschaft und natürlich auch auf die BürgerInnen selbst. Denn nur gemeinsam können wir die schlimmsten Folgen des Klimawandels verhindern und gleichzeitig die Welt endlich gerechter gestalten. Umweltpolitik bzw. ökologische Stadtpolitik muss demzufolge eine Politik der Solidarität sein.

Wir freuen uns, wenn ihr am 22. September um 19.30 Uhr mit vielen Fragen und Ideen bei der Auftaktveranstaltung der AG Ökologie dabei seid. Veranstaltungsort ist der Unverpackt-Laden „Lose“ in der Böhmisches Straße 14.

Zur besseren Planung wird um eine Anmeldung per Mail an die Mitinitiatorin Uta Gensichen gebeten unter: oeikosozial@posteo.de

Neue Rechts- und Sozialberatung im HdB

von Kristin Hofmann und Johannes Heemann

Am 04. August 2016 hat der Stadtverband DIE LINKE. Dresden die Einrichtung einer ständigen, regelmäßigen Rechts- und Sozialberatung beschlossen, nachdem es zuvor bereits Beratung in Einzelfällen gab. Die Leitung wurde in die Hände von Johannes Heemann (Ortsverband Pieschen) gelegt. Die Beratung wird aller Voraussicht nach mittwochs von 17 bis 19 Uhr im Haus der Begegnung, Großenhainer Str. 93, erfolgen. An diesem Tag ist auch die Ausgabe der Tafel, so dass das sehr gut passen würde. Genosse Heemann ist auch telefonisch über [0176/24264159](tel:017624264159) und per Mail über info@kanzlei-sundermann.de erreichbar.

Alle Genoss*Innen werden für das Gelingen gebeten, dies allgemein und

nicht nur in der Partei bekannt zu machen. Die Rechts- und Sozialberatung, deren Standort(e) und Öffnungszeiten soll in Dresden jede(r) Interessent*In kennen. Wir wollen uns so um die sozialen Belange der Menschen nicht nur innerhalb der Partei kümmern, denen unsere Solidarität in besonderer Weise gilt. Die Menschen nicht nur in Dresden mögen so erkennen, dass sich DIE LINKE. um soziale Belange kümmert.

Gesucht werden auch Interessent*Innen, die sich zu Berater*Innen ausbilden lassen. Voraussichtlich einmal im Monat wird die Anleitung durch Johannes Heemann erfolgen. Wer Lust und Zeit hat, möge sich mit ihm in Verbindung setzen. Langfristig ist geplant, feste Beratungen in allen Ortsamtsbereichen



Wenn unerwartete Gäste vor der Türe stehen

Foto: Paul Georg Meister / pixelio.de

Alle Tassen im Schrank des HdB

von Jenny Keck und Kristin Hofmann

Seit neuestem gibt es die Initiative „Teller-tausch und Gläserücken“ im Haus der Begegnung. Wir sammeln altes, aber brauchbares Geschirr für einen Geschirrverleih. Hintergrund: Viele Menschen wollen mittlerweile auf Einweggeschirr verzichten, aber für eine Feier oder einen Grillabend auch nicht unbedingt einen großen Satz Gläser und Teller kaufen und dann nutzlos im Schrank stehen haben. Hier versucht die Initiative zu helfen, indem sie Geschirr, Gläser, Besteck, Platten und Vasen sammelt, um sie dann zu verleihen. Über Facebook oder auch direkt bei uns kann man

sich melden, das Geschirr abholen und gereinigt wieder zurückbringen. Es gab bereits viele Anfragen, z.B. zu Schulführungen und Hochzeiten. Derzeit sammeln wir noch Geschirrspenden und verweisen auf eine ähnliche Initiative aus Johannstadt, die einen großen Fundus bereithält. Wenn ihr selbst Geschirr habt, dann könnt ihr es gern beim Haus der Begegnung abgeben, zum Sommerfest am 4. September mitbringen oder beim nächsten Parteitag am 22. Oktober. Wir freuen uns über Spenden und hoffen, der Wegwerfgesellschaft so ein kleines Schnippchen zu schlagen.



Foto: Max Kretzschmar

Rätselhaftes Vietnam

Maximilian Kretzschmar und Jenny Kunkel geben Einblick in ein Reiseland, einen Sehnsuchtsort und eine Heimat - Vietnam.

Zwei Perspektiven auf ein Land, das mit seiner Jahrtausende alten Kultur, seinen atemberaubenden Landschaften, seiner

schmerzvollen Zeitgeschichte und vor allem durch die Herzlichkeit seiner EinwohnerInnen jede/n in seinen Bann zieht. „Wer das Fremde kennt, muss es nicht fürchten“ - Die neue Reihe im Haus der Begegnung mit Reisereportagen, politischen Einschätzungen und kulinarischen Spezialitäten.



Foto: Lupo / pixelio.de

durchzuführen und so dort eine besondere Präsenz für DIE LINKE zu zeigen. Alle, die an verantwortlicher Stelle mit Rechts- und Sozialproblemen konfrontiert werden, sind aufgefordert, die Betroffenen auf die Möglichkeit der Rechts- und Sozialberatung aufmerksam zu machen. Der genaue Starttermin wird noch bekannt gegeben und auch auf der Homepage veröffentlicht.



Kontakt zu Johannes Heemann:
Tel.: 0176/24264159
Mail: info@kanzlei-sundermann.de

Subbotnik im HdB sehr erfolgreich



Viele fleißige Helferlein fanden sich ein und durften nach getaner Arbeit verschnauften.
Foto: Kristin Hofmann

Der Efeu wuchert über das Dach, auf dem auch schon Pappeläste liegen. Der Keller ist unaufgeräumt und die Koniferen wachsen zum Himmel – so geht das nicht weiter dachten sich Oliver Reetz vom „Zeitgeist“ und ich und riefen zum Subbotnik. Dass so viele Helfer*innen von e.f.a., dem Ältestenrat und der Linksjugend kamen, war überraschend, und so war die gesamte

Arbeit nach nicht einmal zwei Stunden erledigt. Einen besonderen Dank an Uli Reinsch, der den Keller heldenhaft sortierte und entrümpelte. Spätestens beim HdB-Hoffest am 4. September werden alle Euer Werk bestaunen können.

Kristin Hofmann aus der Stadtgeschäftsstelle

09
16**DIE LINKE**

Fraktion im Dresdner Stadtrat



September 2016

Mit Hüpfburg und gepanzertem Fahrzeug in Tarnfarben

Bundeswehr missbraucht Stadtfest für Nachwuchsrekrutierung

von André Schollbach

In seiner vergangenen Sitzung befasste sich der Stadtrat angesichts der jüngsten Ereignisse in Frankreich sowie in Süddeutschland mit der Gewährleistung der Sicherheit von Großveranstaltungen, wie dem Dresdner Stadtfest. Angesichts der im Vorfeld des Stadtgeburtstags angekündigten Maßnahmen hätte man meinen können, US-Präsident Obama landete jede Minute in Dresden – begleitet von Wladimir Putin und der Queen. Wachtürme, Hubschrauber, innere und äußere Sicherheitskreise, Taschenverbote, Betonfundamentzäune und Polizeibeamte mit Maschinenpistolen. Vor so einer Kulisse wollten die Dresdnerinnen und Dresdner ganz gewiss schon immer einmal ein ausgelassenes und fröhliches Volksfest feiern. Es fehlt nur noch, dass die Politessen statt am Wiener Platz den Drogenhandel zu bekämpfen, jetzt auch noch zur Jagd auf die Terroristen eingesetzt werden. Insgesamt wirkte all das derart martialisch, dass es eher zur Verunsicherung zahlreicher Menschen beitrug. Statt eines Gefühls der Sicherheit wurde Beklemmung empfunden. Und irgendwie konnte man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass das Stadtfest schon mal als Großmanöver und Testlauf abgehalten werden sollte, bevor es dann am 03. Oktober mit der offiziellen Einheitsfeier wirklich ernst wird.

Ängste werden geschürt

Angesichts der jüngeren Ereignisse wird zur Zeit so einiges an Einschränkungen für unsere Freiheit diskutiert. Neben der zunehmenden Überwachung von Computern und Telefonen ist insbesondere das unverantwortliche Gerede der Bundesverteidigungsministerin über Einsätze der Bundeswehr im Inland zu nennen. Es ist bezeichnend, dass sich die CDU hier genau derselben üblen Masche wie die sogenannte Alternative für Deutschland bedient: Nämlich erst Ängste in der Bevölkerung zu schüren, um anschließend politisches Kapital daraus zu schlagen. Vor diesen Tendenzen ist nachdrücklich zu warnen. Denn wenn wir so weiter machen und unser aller Freiheit mehr und mehr zugunsten vermeintlicher Sicherheit einschränken, dann werden wir uns früher oder später in einer anderen, weniger lebenswerten Gesellschaft wiederfinden.



Auf der Neustädter Elbseite hatte die Bundeswehr ihr Karrierecamp auf der „Blaulichtmeile“ neben den für Kinder attraktiven Fahrgeschäften aufgebaut. Foto: Max Kretzschmar

Gerade hier im Osten Deutschlands sollten wir angesichts der spezifischen Erfahrungen mit staatlicher Überwachung sensibel für derartige Tendenzen sein und sie nicht hinnehmen.

Armee ist kein fröhliches Abenteuercamp

Wenn wir darüber nachdenken, wie unser Land sowie unsere Stadt sicherer werden könnten und wie sich Terroranschläge verhindern ließen, sollten wir nicht am letzten Glied der Kette ansetzen, sondern bei den Ursachen des Terrorismus. Dazu gehört etwa der von den USA angezettelte völkerrechtswidrige Krieg im Irak, der diese Region weitgehend destabilisierte und dazu führte, dass dort die Terrororganisation IS entstehen konnte. Dazu gehört auch, dass der enorme Wohlstand der westlichen Welt auf bitterer Armut und Hoffnungslosigkeit eines Großteils der Menschen in vielen Regionen unserer Erde gegründet ist. Dazu gehören weiterhin die massiven Waffenexporte der Bundesrepublik Deutschland. Allein im vergangenen Jahr hat unser Land für 7,5 Milliarden Euro Waffen exportiert. Wer garantiert uns eigentlich, dass diese Waffen nicht früher oder später in die falschen Hände geraten? Und dazu gehört auch die zunehmende Mi-

litarisierung der Gesellschaft. Aller Orten ist die Bundeswehr im Einsatz, um Personal für sich zu rekrutieren. So fährt aktuell eine Straßenbahn der Dresdner Verkehrsbetriebe in Tarnfarben durch die Stadt. Kürzlich gab es in Dresden ein Fußballturnier, das als „Bundeswehrkarriere-Cup“ firmierte. Und schließlich versuchte die Bundeswehr auf dem Dresdner Stadtfest mit der Kombination aus Hüpfburg und gepanzertem Militärfahrzeug Nachwuchs zu gewinnen. Dass das Militär mit seinen Werbeaktionen für das Kriegshandwerk selbst vor Kindern und Jugendlichen nicht halt macht und diese gezielt anlockt, ist besonders perfide. Die Armee ist weder ein fröhliches Abenteuercamp noch so harmlos wie ein Kinderriegel. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass derartige Reklame im Einflussbereich der Stadt Dresden künftig unterbleibt. Wir wollen keine verniedlichende Werbung für das Militär – weder auf unseren Straßenbahnen noch auf dem Stadtfest oder im Fußballstadion.



André Schollbach ist Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat und Mitglied des Sächsischen Landtags

Im Netz:

www.linke-fraktion-dresden.dewww.facebook.com/DieLinkeDresdnerStadtrattwitter.com/FraktionLinkeDD

Bürgersprechstunden mit Katja Kipping und André Schollbach

Einander zuhören.

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat**13. September**

09:00 Uhr: Neustadt, Albertplatz
11:30 Uhr: Pieschen, Elbecenter
13:30 Uhr: Löbtau, Haltestelle Tharandter Straße
15:30 Uhr: Prohlis, Prohliscenter

„Eine echte Herausforderung“

100 Tage Bürgermeisterin: Wir wollten von Kris Kaufmann wissen, wie es ihr seit ihrer Wahl zur Beigeordneten für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Wohnen am 6. August 2015 ergangen ist.
Fragen: Pia Barkow

LINKE: Kris, wie war die Umstellung von einer Stadträtin zur Bürgermeisterin?

Kris Kaufmann: Die Umstellung war riesig und nicht ganz schmerzlos. Seit dem Ende meines ehrenamtlichen Mandates – quasi am Tag meines Dienstantritts – sitze ich zwar bildlich gesprochen weiterhin am gleichen Tisch, agiere aber nun aus einer völlig anderen Perspektive heraus. Mein berufliches Leben fand bisher in deutlich flacheren Hierarchien statt und damit habe ich sehr gute Erfahrungen gemacht. Aber mein Team ist bestens eingearbeitet. Dadurch konnte ich mich von Anfang an auf inhaltliches Agieren konzentrieren.

Welche Aufgabe hast du als Erstes angepackt?

Die ersten Wochen meiner Amtszeit waren praktisch ausnahmslos von der Asylthematik geprägt.

Noch als Stadträtin hatte ich den Antrag zur Verbesserung des Sozialtickets auf den Weg gebracht. Es war etwas Besonderes, dass ich in meiner ersten Stadtratssitzung als Bürgermeisterin diese Vorlage einbringen konnte. Dass die ermäßigten Tickets seitdem immer häufiger genutzt werden, zeigt, dass sie richtig und notwendig waren.

Wie läuft die Zusammenarbeit mit den anderen Beigeordneten?

Die Zusammenarbeit läuft gut, aber durchaus mit Luft nach oben. Die Aufgabenfülle und die Einarbeitung haben in den ersten Monaten viel Kraft und Zeit gekostet. Die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Ressorts funktioniert heute unterschiedlich gut. Insbesondere wir Neuen haben jedoch untereinander ausnahmslos einen kurzen und verlässlichen Draht.

Wie funktioniert die Zusammenarbeit mit Oberbürgermeister Hilbert?

Zwischen dem Geschäftsbereich Soziales und dem OB-Bereich gibt es ein gutes Miteinander und kurze Kommunikationswege. Dirk Hilbert regiert in die einzelnen Ressorts nicht inhaltlich hinein, die fachliche und letztendlich strategische Verantwortung obliegt allein mir als Dezernentin.

Woran musstest du dich in der neuen Position erst gewöhnen?

Für mich waren die Vielfalt der Themen und damit verbundenen Aufgaben

Die Verwaltungsprozesse laufen sehr bürokratisch und insbesondere bei komplexen Themen unglaublich langsam ab. Natürlich muss alles seine Ordnung haben, aber was richtig und falsch ist, ist aus der Perspektive unterschiedlichster Ämter durchaus sehr verschieden. Dies erschwert eine ämterübergreifende Zusammenarbeit sehr. Viel zu häufig erfährt man zwar schnell, was nicht geht, aber nicht, wie es gehen kann. Das war in der Fraktion anders. Wir haben nach Kompromissen und guten Lösungen gesucht.



Dr. Kris Kaufmann

Foto: privat

sowie die vielen Abstimmungstermine eine echte Herausforderung. Von früh bis teilweise spät in die Nacht Diskussionen zu lenken und Entscheidungen zu treffen, mir nebenbei einen Überblick über Strukturen und Angebote sowie gegebene kleine und große Problemlagen zu verschaffen, kann durchaus zehrend sein. Oft bleibt kaum Zeit, dies alles auch mal zu reflektieren.

Wie laufen Prozesse in der Verwaltung im Gegensatz zur Arbeit in der Fraktion?

Welches Erlebnis als frisch gebakene Bürgermeisterin war besonders einprägsam?

Faktisch ab der ersten Minute galt es, Geflüchtete angemessen unterzubringen. Rückblickend stelle ich fest, dass wir die Situation ganz passabel gemeistert haben. Selbst unter den schwierigen Rahmenbedingungen des Jahres 2015 konnten wir weiterhin zwei Drittel in Wohnungen unterbringen. Damit einher gingen große Beteiligungsunden, fast täglich gab ich in Ortsbeiratssitzungen

Auskunft und erläuterte das städtische Vorgehen. Erschrocken war ich von den bisweilen hasserfüllten Zwischenrufen. Beeindruckt war ich aber von den vielen Menschen, die trotzdem Rückgrat zeigten und sich seitdem für die Integration der Geflüchteten einsetzen.

Worauf legst du bei der Leitung so vieler Angestellter besonders viel Wert?

Mir ist ein stringenter, transparenter Informationsfluss wichtig, der klare Zielvereinbarungen zu abrechenbaren Ergebnissen werden lässt. Und ich verschaffe mir bestmöglich einen Überblick über unterschiedliche Sachgebiete und damit persönliche Arbeits- und Belastungssituationen. KollegInnen, die Aufgaben gerne bearbeiten, deren Leistungen müssen auch durch Rückmeldungen wertgeschätzt werden. So erreichen mich in meiner MitarbeiterInnensprechstunde individuelle Probleme, die mich auf „normalen Wege“ nie erreicht hätten.

Welche Projekte liegen dir für die kommenden Jahre besonders am Herzen?

Schwerpunkt der nächsten Jahre wird die Integration von geflüchteten Menschen und die Versorgung ausgewählter Bedarfsgruppen mit günstigem Wohnraum sein. Dazu gehört auch zwingend der Aufbau eines kommunalen Wohnungsbestandes. Dabei darf jedoch keineswegs der Bestand an bereits vorhandenen Wohnungen vergessen werden. Immerhin machen diese 99 Prozent des Angebotes aus.

Ich will eine zentrale Wohnberatung für Verwaltung, Investoren, Eigentümer und Mieter. Aber ich möchte auch das soziale Infrastrukturnetz in Dresden entsprechend lokaler Bedarfe und Notwendigkeiten erhalten und umbauen. So könnten etwa aus heutigen Jugend- und Seniorentreffs in Zukunft Quartierszentren werden.



Feierliche Vereidigung der neuen Dezernentinnen und Dezernenten durch Oberbürgermeister Dirk Hilbert am 5. September 2015 (v.l.n.r.: Eva Jähnigen, Raoul Schmidt-Lamontain, Dr. Kris Kaufmann, Annetkatrin Klepsch, Detlef Sittel und Dr. Peter Lames Foto: Max Kretschmar

Kris Kaufmann

Bevor die 40-jährige Dresdnerin Bürgermeisterin für den Geschäftsbereich Arbeit, Soziales, Gesundheit und Wohnen wurde, war sie bereits an der TU Dresden und am Leibnitz-Institut für ökologische Raumentwicklung tätig. Die promovierte Geographin setzte sich außerdem zwischen 1999 und 2015 für DIE LINKE als ehrenamtlich arbeitende Stadträtin für eine nachhaltige und soziale Stadtentwicklung ein.

In der nächsten Ausgabe setzen wir unsere Interviewreihe mit Annetkatrin Klepsch, der Dresdner Bürgermeisterin für Kultur und Tourismus fort

Bürgersprechstunden
mit Katja Kipping
und André Schollbach

Mit-DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat
**einander
reden.**

13. September

09:00 Uhr: Neustadt, Albertplatz
11:30 Uhr: Pieschen, Elbcenter
13:30 Uhr: Löbtau, Haltestelle Tharandter Straße
15:30 Uhr: Prohlis, Prohliscenter

„Wir stehen ganz am Anfang“

Dresden soll Mitglied in der UNESCO-Städtekoalition gegen Rassismus werden, hat der Stadtrat beschlossen. Über die kommenden Schritte sprachen wir mit der Referentin für Demokratie und Zivilgesellschaft im Bürgermeisteramt, Dr. Julia Günther, und der Ausländerbeauftragten, Kristina Winkler.

Frau Günther, was ist nötig, um die Mitgliedschaft in der Städtekoalition gegen Rassismus zu verwirklichen?

Günther: Da gibt es schon noch einiges zu tun. Ein formaler Antrag muss gestellt werden, das Beitrittsformular ist auszufüllen. Außerdem gehört dazu eine Erklärung, welche Maßnahmen aus dem 10-Punkte-Aktionsplan der Städtekoalition bereits umgesetzt werden. Die Stadt Dresden wird auch aus statistischer Sicht vorgestellt. Alles wird mit der zuständigen Stelle in Potsdam abgestimmt.

Wann kann man damit rechnen, dass Dresden Mitglied der Koalition ist?

Bis Ende Oktober soll der Antrag vorliegen. Das ist schaffbar. Die eingereichten Dokumente werden geprüft und der Lenkungsausschuss entscheidet über die Mitgliedschaft. Die nächste Tagung der ECCAR, während der Neumitglieder berufen werden, findet im November in Rotterdam statt. Dresden könnte noch in diesem Jahr ordentliches Mitglied der Koalition werden.

Frau Winkler, wie ist Ihre Meinung dazu, dass CDU, FDP und AfD dem Antrag nicht zugestimmt haben?

Winkler: Es ist immer schade, wenn sich nicht alle Demokraten und Demokratinnen an einer für die Demokratie wichtigen Entscheidung beteiligen.

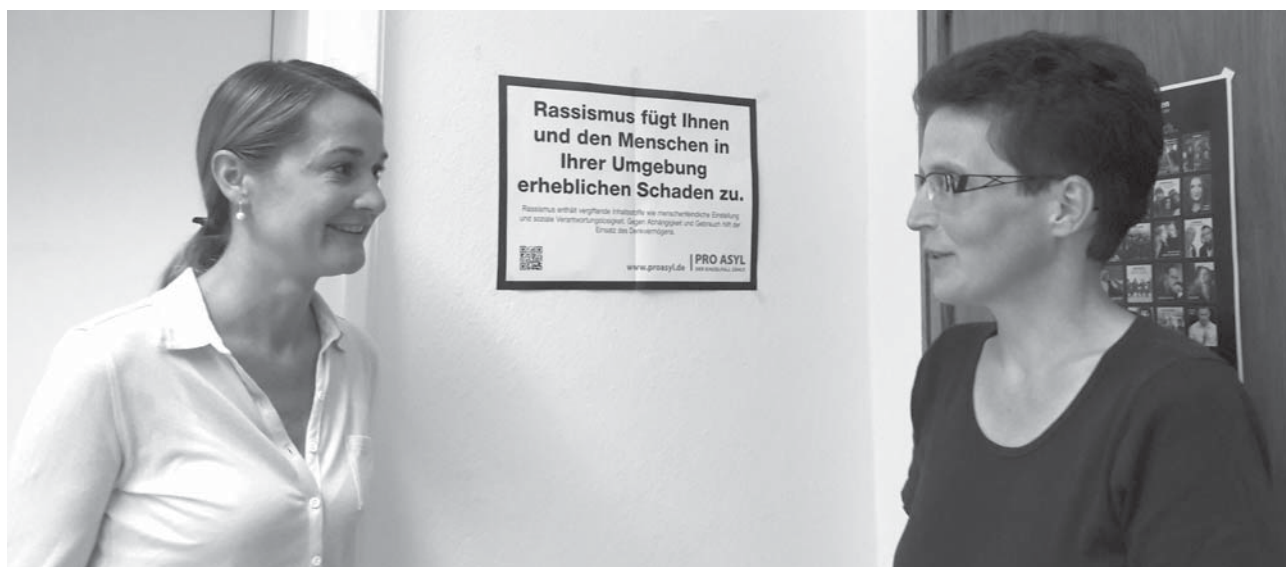
Ist die Mitgliedschaft aus Ihrer Sicht überhaupt sinnvoll?

Günther: Ja, natürlich. Es ist ein klares Bekenntnis gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Angriffe auf Asylunterkünfte und Personen sind leider keine Seltenheit. Für Menschen, die anders sind, wie auch für Geflüchtete muss etwas getan werden. Außerdem wollten wir die Attraktivität Dresdens für Gäste, potenzielle Arbeitgeber/-innen und Arbeitssuchende steigern.

Winkler: Der Prozess in Vorbereitung der Mitgliedschaft hat gezeigt, dass bestimmte Bereiche auch aus der Sicht des Rassismus neu bewertet werden müssen. Dazu gehört zum Beispiel der Wohnungsmarkt.

Wie äußert sich Rassismus in Dresden?

Winkler: Besonders auffällig ist anti-muslimischer Rassismus. Muslimas tragen zum Beispiel montags im Winter dicke Pudelmützen über ihren Kopftüchern aus Angst, sonst bedrängt oder beschimpft zu werden. Beim Bürgerdialog in der Kreuzkirche wurde der Vertreter des Afropa e. V. (der übrigens einen deutschen Pass besitzt) mit Hohn versehen und verspottet. Hier zeigt sich bis heute die historisch entstandene und schlimme Hierarchisierung der Menschen in Folge des Kolonialismus.



Dr. Julia Günther (li.) und Kristina Winkler

Foto: Dr. Margot Gaitzsch

Günther: Um auch mal ein positives Beispiel zu nennen: Am Sportgymnasium gibt es Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund. Da sind mir keine Probleme mit Rassismus bekannt. Allgemein werden aber in bestimmten Sportarten dunkelhäutige Sportlerinnen oder Sportler als „eigenartig“ empfunden. Einfach, weil ungewohnt. Auch eine Form von Alltagsrassismus, die wir uns bewusst machen müssen.

Welche sind wichtige Maßnahmen zur Umsetzung des 10-Punkte-Aktionsplanes?

Günther: Ein Plan muss konkret für Dresden aufgestellt werden. Voraussetzung dafür ist zunächst eine Evaluation, die Erfassung des Ist-Standes und der spezifischen Bedarfe in Bezug auf die Prävention bzw. Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung in unterschiedlichen Bereichen wie Bildung/Erziehung, Arbeit, Wohnen wie auch hinsichtlich der Unterstützung von Opfern rassistischer Gewalt.

Winkler: Das Problem gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit lässt sich nicht mit einer einzelnen Maßnahme und auch nicht in einem Jahr überwinden. Insbesondere der Blick auf den Wohnungsmarkt, als einer der 10 Punkte, ist für mich eine Erweiterung des Blickfeldes.

Günther: Rassismus als eine Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit steht auch im Fokus des Lokalen Handlungsprogramms für Demokratie und Toleranz und gegen Extremismus, kurz LHP. Über das Förderprogramm besteht die Möglichkeit, Träger und Projekte der Arbeit gegen Rassismus konkret zu unterstützen.

Welche Partner könnten diese Mitgliedschaft mit Leben füllen?

Günther: Alle Fachämter der städtischen Verwaltung, zivilgesellschaftliche Initiativen, Träger der politischen Bildung, die Projektschmiede, der Begleitausschuss des LHP sind nur einige.

Winkler: Partner/-innen sind sehr wichtig, um Zugangsbarrieren und Probleme gemeinsam zu erkennen, wichtige Impulse in allen Bereichen zu setzen, eine wirkliche Zusammenarbeit zu entwickeln.

Was erwarten Sie von Oberbürgermeister Hilbert im kommenden Prozess?

Winkler: Der Oberbürgermeister ist ein guter Partner im Engagement gegen Rassismus. Er hat zum Beispiel den Aufruf zu den Wochen gegen Rassismus unterstützt. Wir erwarten von ihm auch weiterhin gute Unterstützung für unsere Arbeit, weiteres Engagement. Rassismus und erfolgreiche Integration schließen sich aus.

Wird es eine Zusammenarbeit mit Städten geben, die bereits in der Koalition gegen Rassismus Mitglied sind?

Günther: Wir erwarten eine gute Zusammenarbeit. Kooperation und Vernetzung der Mitgliedsstädte sind auch seitens der UNESCO erwünscht. Derzeit finden bereits regelmäßig deutsche und europaweite Treffen der Mitgliedsstädte statt, die zum Erfahrungsaustausch genutzt werden können. Da stehen wir natürlich ganz am Anfang – wie mit der Mitgliedschaft eben.

Winkler: Auch aus fachlicher Sicht ist es gut, über den Tellerrand zu schauen. Das wird sich im Prozess der Arbeit entwickeln. Sowohl in Deutschland als auch in Europa. Manches ist gleich, manches ist unterschiedlich. Es ist ein Lernprozess.

Welche Erwartungen haben Sie an die Fraktionen im Stadtrat bei der Umsetzung des 10-Punkte-Aktionsplanes?

Günther: Ich erwarte Unterstützung und kritische Begleitung. Ideen und Anregungen für konkrete Maßnahmen sind immer willkommen – insbesondere auch Aktivitäten von den Parteien.

Winkler: Parteien sollten in den Stadtteilen konkreter wahrnehmbare niedrigschwellige politische Bildungsarbeit leisten – bezogen auf ihre Wählerinnen und Wähler. Politische Bildungsarbeit, vor allem aber niedrigschwellige Angebote können die Menschen besser erreichen. Auch in Alltagsgesprächen kann Sensibilität für das Thema Rassismus entwickelt werden. Ich werbe auch für so genannte aufsuchende politische Arbeit, d.h. zu den Menschen zu gehen und sie nicht nur zu Veranstaltungen einzuladen. Es braucht die richtige Mischung.

Interview: Dr. Margot Gaitzsch

Zur Person

Kristina Winkler

Die heute 41 jährige diplomierte Pädagogin Kristina Winkler war seit dem Jahr 2004 Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Dresden. Ende 2011 verkündete die engagierte Verwaltungsexpertin, dass sie für den Abschluss ihres berufsbegleitenden

Masterstudiums ein Sabbat-Jahr einlegen werde, um sich anschließend ähnlich interessanten Aufgaben in der Arbeit der Landeshauptstadt zu widmen. Als Dresdens Integrations- und Ausländerbeauftragte wurde Kristina Winkler im Jahr 2014 berufen.

KOLUMNE

ganz
hinten
links

von Jens Matthis

Sicher ist es vielen nicht klar welche schwere Arbeit Stadträte leisten - oder genauer gesagt bisher geleistet haben. Nicht alle im gleichen Maß. Es gab deutliche Unterschiede. Am meisten leisteten die Mitglieder des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses. Sie mussten zwar nicht selbst die Steine für Dresdens Bauvorhaben schleppen, wohl aber Pakete mit umfangreichen Vorlagen und zentimeterdicken Bebauungs- oder sonstigen Plänen.

Diese ein bis zwei Pakete pro Sitzung verstopften nicht nur regelmäßig die Briefkästen oder landeten, wenn es gar nicht mehr durch den Schlitz passen wollte, auch schon mal beim hilfsbereiten Nachbarn – diese Pakete mussten dann von zu Hause zur ersten Lesung im Ausschuss ins Rathaus, dann wieder nach Hause, zur zweiten Lesung im Ausschuss wieder ins Rathaus, wieder nach Hause, zur Stadtratssitzung wieder ins Rathaus – jedes Mal locker zwei Kilo Zusatzgepäck. Nach dem Stadtrat konnte man alles der Papiertonne überantworten, freilich nur wenn die Vorlage beim Abarbeiten der Tagesordnung nicht auf der Strecke geblieben war. Denn sonst hieß es retour zum eigenen Schreibtisch. Vergleichsweise gut hatten es die Mitglieder des Gesundheitsausschuss, deren Unterlagen oftmals in einen gewöhnlichen Briefumschlag passten und deshalb nicht nur der Gesundheitsvorsorge in der Stadt dienten, sondern auch die eigene Wirbelsäule schonten.

Doch damit ist nun Schluss – die Stadtratsarbeit wird demokratischer verteilt und insgesamt viel, viel leichter. Statt der Aktenberge gibt es jetzt für jeden nur ein schneidbrettähnliches Gerät namens iPad, auf welchem man nicht nur die Kaffeetasse abstellen, sondern auch per Internet auf das Ratsinformationssystem mit allen, aber auch allen Unterlagen der Stadtratsarbeit zurückgreifen kann. Jedenfalls dann, wenn man Funknetz oder WLAN hat und der Rathausservers nicht streikt. Damit kann man nicht nur tatsächlich Vorlagen mit dem kleinen Finger herbeiholen, sondern sie auch ganz wortwörtlich vom Tisch wischen. Und auch an das wichtigste für jede Sitzung wurde gedacht, installiert ist auch ein Programm zum Strichmännchenmalen.

jens.matthis@dielinke-dresden.de

Vereinsarbeit richtig fördern

Mit kurzfristigen Zusagen bei der Finanzierung von Projekten und befristeten, unsicheren Jobs hatten kommunal geförderte Vereine bisher kaum Chancen auf Planungssicherheit. Stadträtin Pia Barkow beschreibt, wie das geändert werden kann.

Zahlreiche freie Träger und Vereine aus den verschiedenen Sparten leisten einen Beitrag zur kulturellen und sozialen Infrastruktur der Stadt und werden hierfür von der Landeshauptstadt Dresden finanziell gefördert. Hierunter zählen Beratungs- und Unterstützungsangebote in den unterschiedlichen Fachgebieten, Begegnungsstätten und -angebote für alle Altersgruppen, kulturelle Angebote, Bildungs- und Fachveranstaltungen und vieles mehr. Diese vielfältigen Angebote stellen eine große Bereicherung der sozialen und kulturellen Landschaft der Stadt Dresden dar.

Im Jahr 2015 wurden zahlreiche Jubiläen freier Träger und Vereine gefeiert, einige von ihnen bestehen seit 20 oder 25 Jahren. Doch obwohl mehr oder weniger eine jahrelange kontinuierliche Arbeit verrichtet wird, erhält ein Großteil der Träger lediglich eine einjährige Förderung und damit das dort tätige Personal nur einjährige Arbeitsverträge. Für die Fachkräfte bedeutet das, sie müssen sich über Jahre hinweg von Jahresvertrag zu Jahresvertrag hangeln, langfristige Planung ist damit kaum möglich. Aber auch die Vereine und freien Träger selbst leiden unter den kurzen Förderperioden. Denn auch hier ist eine langfristige Planung kaum möglich. Vorhaben, die über ein Jahr hinaus andauern, können nie mit Sicherheit geplant werden. Zudem wird ein nicht unerheblicher Teil der Arbeitszeit dafür aufgewendet, alljährlich neue Förderanträge zu schreiben, in denen oftmals



Mehrjahresförderung soll bewährte Facharbeit Freier Träger verstetigen
Foto: lupu / pixelio.de

über Jahre hinweg die gleichen Projekte beantragt werden – da das jedoch nicht zulässig ist, muss mit blumigen Worten ein bereits gut laufendes etabliertes Projekt, als neu verkauft werden.

Und auf der anderen Seite, im jeweils zuständigen Fachamt im Rathaus, müssen all diese Anträge natürlich immer auch gelesen und bewertet werden.

Insbesondere die Zeit bis zur Bewilligung des neuen Antrages stellt oftmals eine erhebliche Unsicherheit für die Träger dar, was sich natürlich auf die Personal- und Projektplanung negativ auswirkt.

Das war nicht immer so. Doch in den letzten zwei Jahrzehnten wurden Förderzeiträume immer mehr auf kurzfri-

stige, meist Jahresförderungen umgestellt. Diese Richtung wollen wir im Stadtrat umdrehen und Freie Trägern, deren Arbeit sich seit Jahren bewährt hat auch über längere Zeitraum finanziell absichern. Somit kann unnötige Zeit zum Antragschreiben und -prüfen wegfallen, langfristige Planungen und vor allem stabile Beschäftigungsverhältnisse ermöglicht werden.



Stadträtin Pia Barkow
ist u.a. Mitglied im
Ausschuss für Soziales
und Wohnen

pia.barkow@dielinke-dresden.de



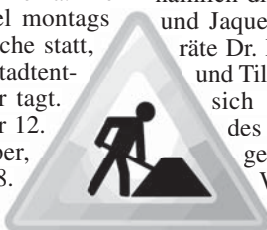
Stadträtin Jacqueline Muth war gemeinsam mit Piraten-Stadtrat Dr. Martin Schulte Wissermann in der Neustadt unterwegs (Foto von 2015)
Foto: Max Kretzschmar

AG Stadtentwicklung, Bau und Verkehr gegründet Gemeinsame Sache machen

von Tilo Wirtz

Bereits seit Frühjahr trifft sich die AG Stadtentwicklung, Bau und Verkehr der Stadtratsfraktion. Die AG ist offen für alle Interessierten zum Thema. Die Treffen finden in der Regel montags 18 Uhr in der gleichen Woche statt, in der der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr tagt. Bis Jahresende sind dies der 12. September, der 17. Oktober, der 07. November und der 28. November jeweils 18 Uhr in den Räumen der Stadtrats-

fraktion im Neuen Rathaus Dresden. Ansprechpersonen sind die Mitglieder der Stadtratsfraktion im Ausschuss, nämlich die Stadträtinnen Pia Barkow und Jaqueline Muth sowie die Stadträte Dr. Martin Schulte-Wissermann und Tilo Wirtz. Die Themen richten sich nach den Tagesordnungen des Stadtrates und nach Anliegen aus der Stadtgesellschaft. Wir freuen uns auf spannende Debatten!



Bürgersprechstunden unter freiem Himmel

Die Stadträtinnen und Stadträte der LINKEN werden in den Monaten Oktober und November in der gesamten Stadt mit „Bürgersprechstunden unter freiem Himmel“ präsent sein. An markanten Plätzen in ihren Wahlkreisen wollen die Ratsmitglieder den Bürgerinnen und Bürgern Rede und Antwort stehen. Dabei soll auch über den Stand der Umsetzung der zwischen LINKEN, Grünen und SPD abgeschlossenen Kooperationsvereinbarung sowie über die nächsten Vorhaben informiert werden. Wichtige Themen werden u. a. unsere Aktivitäten zur Gründung der Kommunalen Wohnungsgesellschaft sein. Die Stadträtinnen und Stadträte werden aber auch ein offenes Ohr für Hinweise und Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger haben.

Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
E-Mail: fraktion@dielinke-dresden.de
V.i.S.d.P. André Schollbach
Satz und Layout: Max Kretzschmar
Mitarbeit an dieser Ausgabe: Pia Barkow, André Schollbach, Uta Gensichen, Dr. Margot Gaitzsch, Tilo Wirtz, Jens Matthis,
Fotos: pixelio.de, Max Kretzschmar
Druck: Lausitzer Rundschau Druckerei
Cottbus
Auflage dieser Ausgabe:
6.000 Exemplare
Vertrieb: Schneller ist besser!

Erinnerung kennt kein festes Datum

Erst wollte die AG Shalom der Linksjugend in Dresden einige Stolpersteine putzen. Doch wegen des positiven Zuspruchs wurde daraus eine sachsenweite Aktion. Immer mehr Steine erinnern so wieder an die Opfer des Nationalsozialismus.

von Christopher Colditz

Oftmals fallen sie gar nicht auf. Sind sie meist fast schwarz, mit Laubresten oder Dreck bedeckt, beachtet sie kaum jemand. Den einen oder anderen Genoss*innen von euch sind sie vielleicht schon aufgefallen, als sie verlegt wurden. Vielleicht befinden sich einige in der Nähe eures Wohnhauses, auf dem Weg zur Arbeit oder in der Straße eures Supermarktes? Die Rede ist von den Stolpersteinen. Kleine, eingelassene, kopfsteinpflastergroße Messingplatten. Sie erinnern an vertriebene und getöte Jüd*innen, Sinti und Roma, politisch Verfolgte, Homosexuelle, Zeugen Jehovas und Euthanasieopfer im dritten Reich. Zu finden sind die Steine zumeist an den letzten frei gewählten Wohnorten, seltener auch an den Stellen, an denen die Opfer zuletzt wirkten.

Passant*innen reagieren positiv

„Ein Mensch ist erst vergessen, wenn sein Name vergessen ist“, steht im Talmud, einem der bedeutendsten Schriftwerke des Judentums. Damit dies nicht geschieht, erinnert Günther Deming mit seinen Stolpersteinen an die Opfer des Nationalsozialismus. Inzwischen liegen Stolpersteine in 1.099 Orten Deutschlands und in zwanzig europäischen Ländern. Allein in Dresden liegen gut 130 Steine. Leider sind diese schon nach einiger Zeit ohne Pflege nicht mehr gut erkennbar.

Daher hat es sich die Linksjugend in diesem zum Projekt gemacht, so viele



Stolperstein für Margot Felicja Silbermann - einer jener Stolpersteine, für den die Dresdner Linksjugend die Betreuung übernommen hat
Foto: Wikimedia Commons

Stolpersteine wie möglich wieder in neuem Glanz erstrahlen zu lassen. In der ersten Putzrunde, am 26. Juni, hat dazu die Arbeitsgemeinschaft Shalom in der Linksjugend Dresden mit Edelstahlpolitur, Topfschämmen und etwas Wasser in der Dresdner Neustadt die ersten 24 Stolpersteine zu Fuß aufgesucht und geputzt. Angetan von positivem Zuspruch durch Passant*innen und dem Erfolg, alle Steine wieder glänzen zu sehen, waren wir motiviert weiter zu machen. Diesmal aber sachsenweit!

Gemeinsam mit dem Landesarbeitskreis Shalom der Linksjugend Sachsen haben wir am 26. Juli deshalb über 130 weitere Stolpersteine, Gedenktafeln

und Mahnmale in Dresden, Großpöna, Wurzen, Grimma, Colditz, Bad Lausick, Frohburg und Borna geputzt. Besonders erfreulich war, dass sich nicht nur Mitglieder der Linksjugend unserer Aktion angeschlossen haben, sondern auch einige weitere aktive Antifaschist*innen, welche keiner Organisation angehören. So konnten wir in Dresden zum Beispiel zeitweise mit bis zu drei Gruppen die Stolpersteine reinigen.

Neue Steine am 21. September

Oftmals werden Stolpersteine zu bestimmten Tagen, wie dem 9. November, dem Gedenktag an die Reichspogromnacht, gereinigt. Leider werden dabei

sehr viele Stolpersteine vergessen, teilweise wurden sie scheinbar seit ihrer Verlegung nicht mehr geputzt. Wir sind der Meinung: Erinnerung kennt kein festes Datum! Wann immer es uns möglich ist, wollen wir an die Opfer des Nationalsozialismus erinnern.

Wir möchten euch ermutigen, wann immer ihr in eurer Nähe einen Stolperstein entdeckt: Reinigt ihn, legt Blumen nieder und helft, dem Vergessen entgegenzuwirken! Siamo tutti antifascisti!

In Dresden werden am 21. September weitere 21 Stolpersteine für Dresdner Opfer des Nationalsozialismus, von dem Kölner Künstler Gunter Demnig, verlegt. Als Landesarbeitskreis Shalom übernehmen wir die Patenschaft für den Stein von Arthur Weineck. Der 1900 geborene Arbeiterfunktionär, kommunistische Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus und Mitglied der KPD wurde am 3.12.1943 verhaftet und wegen Hochverrats und Feindbegünstigung am 16.08.1944 hingerichtet. Die Verlegung des Stolpersteins findet 11:30 Uhr in der Stollestr. 40 (Dresden-Löbtau) statt



Christopher Colditz ist jugendpolitischer Sprecher DIE LINKE. Dresden und in der AG Shalom aktiv.

Veranstaltungstipp

Direkte Demokratie Chancen und Risiken

Die direkte (oder plebiszitäre) Demokratie ist eine demokratische Herrschaftsform, bei der politische Entscheidungen unmittelbar vom Volk/den Bürger_innen getroffen werden. Auch in Deutschland gibt es dazu praktische Erfahrungen. Unmittelbar nach Beendigung des 2. Weltkrieges gab es in Sachsen und Hessen Volksentscheide zur Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher.

Anlässlich des 70. Jahrestages des Volksentscheides in Sachsen wollen wir anhand des historischen Kontextes über verschiedene Formen der direkten Demokratie (Bspw. Schweiz) diskutieren. Wir wollen uns verschiedenen Fragen stellen: Welche Chancen hat direkte Demokratie? Welche Risiken ergeben in Zeiten des immer stärkeren werdenden Rechtspopulismus? Was können linke Antworten darauf sein?

Mit **Eberhard König**, Gemeinschaft für Menschenrechte im Freistaat Sachsen e.V.; **Antje Feiks**, DIE LINKE. Sachsen; **Max Schoene**, Student; Moderation: **Franziska Fehst**

Mittwoch | 14.09. | 19 Uhr
Wir AG | M.-Luther-Str. 21

Die Wir AG zeigt, wie's geht!



Die Besetzung der Wir AG Ende Juni

Foto: addn.de

von Max Schoene

Vom 29. bis zum 31. Juni 2016 wurde durch Refugees und Unterstützer*innen die Wir-AG besetzt. Grund dafür waren die Räumungen von drei Hausprojekten in Thessaloniki, welche maßgeblich durch einen SYRIZA-Minister mitgetragen wurden. Da SYRIZA die Schwesterpartei der LINKEN ist, erhoffte man sich so ein Symbol gegen die Räumung setzen, im besten Fall sogar etwas Druck auf die Regierung ausüben zu können.

Das eigentlich bemerkenswerte aber war das Verhalten der Verantwortlichen der Wir-AG. Von Anfang bis Ende der „Besetzung“ gab es einen solidarischen Umgang mit den Besetzer*innen. Man machte ihnen klar, dass man ihre Anliegen teilt. Es gab Kaffee, Decken, Farbe und vieles mehr, auch die Drucker durften benutzt werden und es wurde sogar gestattet, dass man von der Mailadresse der Bundesvorsitzen-

den eine Nachricht mit Forderungen an SYRIZA zu schicken. Auch die Linksjugend solidarisierte sich öffentlich mit der Aktion, schloss ihre Büroräume auf, um Material herausgeben zu können und war fast durchgängig mit einigen Menschen vor Ort. Ebenfalls solidarisch verhielten sich die Besetzer*innen, indem sie die Räumlichkeiten am Samstag sauber verließen, nichts zu Bruch ging und selbst das Rauchverbot innerhalb der Räume konsequent eingehalten wurde. Alles in allem war es wohl eher eine politische Protestaktion mit Musik, Tischtennis, Kreide und vielem mehr, als einer Besetzung.

Es bleibt also eigentlich nur Danke zu sagen an alle Beteiligten, ganz besonders aber an die Menschen von der Wir-AG.



Treffen: jeden Di, 18 Uhr, WIR AG
E-Mail: info@linksjugend-dresden.de
Im Netz: www.linksjugend-dresden.de

Dr. Kris Kaufmann mit Bodo Ramelow am 02. Oktober im Gespräch

Vom Zuwanderungsland zur sozialen Einwanderungsgesellschaft?

von Susann Scholz-Karas

Nicht nur in Sachsen, aber gerade auch hier, gibt es Übergriffe auf geflüchtete und vermeintlich nichtdeutsche Menschen. In den Reihen der sächsischen CDU werden rassistische Klischees gepflegt und sich ein Zurück in eine homogene, männlich dominierte, weiße Gesellschaft erträumt, die es so schon lange nicht mehr gibt. Wie sich Deutschland und Sachsen zu einer sozialen Einwanderungsgesellschaft entwickeln kann, dazu haben wir zu einem Gespräch eine in der Verantwortung stehende Kommunalpolitikerin und einen in der Verantwortung stehenden Landespolitiker eingeladen und freuen uns sehr, dass wir am 2. Oktober, 15 Uhr auf der Bühne vor der Kreuzkirche Kris Kaufmann und Bodo Ramelow begrüßen können.

In einem Gespräch stellt Bodo Ramelow seine Vision und sein Konzept von der Entwicklung von einem Zuwanderungsland hin zu einer sozialen Einwanderungsgesellschaft vor, gemein-



Die Dresdner Sozialbürgermeisterin Dr. Kris Kaufmann diskutiert mit dem Ministerpräsidenten von Thüringen, Bodo Ramelow über die Gestaltung der interkulturellen Gesellschaft
Fotos: Daniel Heine; DiG Trialon

sam mit Kris Kaufmann (Dresdner Sozialbürgermeisterin), die sich für ein solidarisches Miteinander in der Dresdner Stadtgesellschaft einsetzt.

Gemeinsam möchten wir mit ihnen und Euch folgende Themen besprechen: Wie gestaltet Thüringen die Integration von Neubürger*innen? Welche Gestaltungsspielräume gibt es auf Länderebene



und mit welchen Maßnahmen soll dieses Ziel in Thüringen erreicht werden? Welche Chancen sehen Kris Kaufmann und Bodo Ramelow durch gelingende Integration neben all den Herausforderungen für Länder und Kommunen? Und lasst uns darüber reden, ob diese Idee auf Sachsen übertragbar ist und was dafür konkret z.B. von der Politik auf lokaler und Landesebene getan werden muss.

„Man gehört immer zu den wenigen, nie zu den vielen.“

von Thomas Feske

Seit Februar 2015 wird auf der Bürgerbühne das Stück Mischpoke inszeniert. Zehn Jüdinnen und Juden erzählen von ihrem Leben in Dresden. Ich bin einer davon – auch wenn das nicht unbedingt zu erwarten war.

Im Oktober 2014 besuchte ich einen Info-Abend der Bürgerbühne des Staatsschauspiels. Eingeladen waren alle in Dresden Lebende, die einen Bezug zum Judentum haben. Zwischen Kontingentflüchtlingen aus der ehemaligen Sowjetunion, jungen Mitgliedern der jüdischen Gemeinde zu Dresden, Konvertiten aus dem Schwabenland kam ich mir schon vor wie ein falscher Fuffziger. Logisch, hatte ich doch mit dem eigentlichen Glauben, den religiösen Riten nichts an der Kippa. Warum ich doch hinging? Weil meine Mutter einer jüdischen Familie entstammt, 1946 in Leningrad geboren empfand sie ihr Jüdischsein immer als Makel und war viel eher eine eingefleischte Sowjetbürgerin, Mitglied im Komsomol und so gar nicht gottesgläubig. Ich selbst erfuh von ihrer jüdischen Herkunft erst Ende der 90er und auch damals sagte sie mir: Sag es niemandem, Du weißt nicht, was noch passiert. Da sprach aus ihr die Angst.

Theaterleute mögen solche Geschichten. Wohl deshalb bin ich Teil des Ensembles der Mischpoke geworden – zehn Jüdinnen und Juden, die in Dresden leben. Sie alle erzählen ihre Geschichten – und obwohl diese x-mal durch den Inszenierungsfleischwolf gedreht wurden, bleiben sie überraschend authentisch. Es sind dramaturgisch eingebettete Zitate, die am Anfang der Probenzeit eingefangen wurden und es in die Inszenierung geschafft haben – auf der Bühne spielen

04.09. | 19 Uhr
Kleines Haus
weitere Termine
siehe Spielplan



Foto: Staatsschauspiel Dresden

die Darstellerinnen und Darsteller nicht mehr und nicht weniger als sich selbst.

Da ist der arabische Jude, der unter abenteuerlichen Umständen den israelischen Kriegsdienst verweigert, dessen Vater im Libanonkrieg eine Kugel ins Auge bekam, der lieber Musik macht als zur Armee zu gehen und irgendwann nach Dresden geht, um hier Konzerte zu organisieren. Da ist eine ukrainische Jüdin, die als junge Frau das Reaktorunglück von Tschernobyl aus nächster Nähe miterlebt, die in den 90ern vor dem Chaos im postsowjetischen Dnjepropetrowsk flieht und mit ihrer Tochter das „Sodom und Gomorra“ der Nachwendzeit hinter sich lässt. Da ist die Tochter des Dichters Max Zimmering, dem an seinem Geburtshaus in Pirna von Investoren aus den Altbundesländern jegliche Erinnerung versagt wird. Da ist der besagte jüdische Konvertit aus dem Ländle,

der sich einem Rabbi-Gericht stellen muss, um Teil der jüdischen Glaubensgemeinschaft werden zu dürfen. Und da ist der ehemalige Interflug-Stewart, der sich erst nach Jahren auf die Suche nach seinen jüdischen Wurzeln macht.

Was sie verbindet? Der jüngste unter den Darstellern fasst es gut zusammen: „Man gehört immer zu den wenigen, nie zu den vielen.“ Und alle erzählen ihre Geschichte über Jüdischsein in der DDR und heute, über das Zerschneiden von Träumen und Idealen vor und nach der Wende, über den Judenhass jetzt und über die Hoffnung auf ein gelobtes Land, das ab und an wie eine hochgerüstete Persiflage auf das daherkommt, was einmal eine Heimstatt für die Verfolgten dieser Welt sein sollte.

Herausgekommen ist ein wunderbar rührendes, witziges Stück – so bunt und vielschichtig wie das Jüdischsein selbst. Mittlerweile sind wir in der dritten Spielzeit. Das ist selten an der Bürgerbühne. Ich bin immer noch dabei, um einige Bekanntschaften reicher, aber immer noch kein Fünkchen gläubig. Meine Mutter saß schon dreimal in der ersten Reihe. Was sie sich nie zu sagen traute, findet heute auf der Bühne statt – im Kleinen Haus des Staatsschauspiels. Für sie ist es eine Art Befreiung, scheint mir – eine tränenreiche. Für alle anderen ist es die Gelegenheit, mitzuerleben, wohin die Suche nach dem gelobten Land zehn Menschen in dieser Stadt führt – Schwimmlehrer, Ärztin, Erzieher, Schüler: Jüdinnen und Juden.

Wenn Genossinnen und Genossen im Kleinen Haus vorbeischaun, freut mich das immer besonders, denn nach der Aufführung ist vor dem Bier in der Theaterbar. Ich hoffe, Ihr seid mal dabei.

Cuba Si informiert



von Ursula Zierz

Comandante Fidel Castro wurde am 13. August 90 Jahre alt! Unsere AG spendete ihre Stand-Einnahmen vom 1. Mai in Höhe von 400 Euro für die Plakataktion der Tageszeitung „Junge Welt“ zur Gratulation und danken auf diesem Wege „Junge Welt“ für die Initiative! Wir hoffen, dass unsere Spender*innen in Dresden sich an der Plakatierung erfreuen konnten.

Durch die Vermittlungen der Vertreter der lateinamerikanisch-karibischen Staatengemeinschaft in Havanna konnten die jahrzehntelangen militärischen Auseinandersetzungen in Kolumbien beigelegt werden. Die beschlossene „Zone des Friedens“ wurde dadurch für Lateinamerika und die Karibik zur Realität.

Wir hatten Karin Schilling beauftragt, bei der Besichtigung von Arbeitsstätten vor Ort auf Kuba nach einem kleineren für uns geeigneten Soli-Projekt Ausschau zu halten, was neben unseren Fahrradprojekten noch in einer Höhe von 1500 Euro machbar wäre. Wir einigten uns in Absprache mit Cuba Si Berlin auf die Ausstattung des von ihr benannten Forschungslabors und einer Tierarztpraxis in Santi Spiritus. Unsere nächste Sammlung findet am 01.09. ab 10 Uhr im HdB statt.

Spendenkonto:
DIE LINKE/Cuba Si Dresden
Ostsächsische Sparkasse Dresden
IBAN: DE 93 8505 030031 201 83074
Verwendungszweck:
„Milch für Kubas Kinder“

Impressum
Herausgeber: DIE LINKE, Dresden
Großenhainer Straße 93, 01127 Dresden,
Tel.: 0351 8583801 Fax: 0351 8583802,
www.dielinke-dresden.de
E-Mail: Linksblatt@web.de
V.i.S.d.P. Jens Matthis
Satz und Layout: Max Kretzschmar
Mitarbeiter an dieser Ausgabe: Katja Kipping, Pia Barkow, Thomas Feske, Anja Klotzbücher, Magnus Hecht, Tilman Loos, Uta Gensichen, Christopher Colditz, Max Schoene, Susann Scholz-Karas, Ursula Zierz, Kristin Hofmann, Jenny Keck
Fotos: Pixelio.de, Staatsschauspiel Dresden, Kristin Hofmann, Max Kretzschmar
Lausitzer Rundschau Druckerei GmbH, Cottbus
Auflage dieser Ausgabe: 5.000 Exemplare, Vertrieb: Siblog, Schneller ist besser!

CETA bedroht auch Kommunen

Ob Gewerbesteuern oder die Finanzierung von Krankenhäusern – ist das Freihandelsabkommen CETA erst beschlossen, könnten hier bald internationale Konzerne mitreden.

von Anja Klotzbücher

Im Jahr 2009 begannen geheime Verhandlungen zwischen der Europäischen Union und Kanada über eine Freihandelszone zwischen beiden Partnerinnen. Die Öffentlichkeit sowie die Parlamente der Europäischen Union und Kanadas erhielten dabei keine Chance, auf das Abkommen Einfluss zu haben – ganz im Gegensatz zu Wirtschaftslobbyist*innen, die an den Verhandlungen teilnahmen. Das Ergebnis, das Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA), wurde im Jahr 2014 erst nach dem Ende der Verhandlungen veröffentlicht. Mit der Veröffentlichung des Abschlusstextes wurde schnell klar: Von CETA sind vor allem die öffentliche Daseinsvorsorge, die Umweltschutzstandards sowie Arbeitnehmer*innenrechte betroffen. Dass gerade diese Verhandlungsgegenstände gänzlich ohne die Mitwirkungsrechte einer Zivilgesellschaft oder zumindest den demokratisch legitimierten Vertreter*innen in den Parlamenten verhandelt wurden, stellt ein hohes demokratisches Defizit der Verhandlungsgruppen dar.

TTIP

TTIP-Lesesaal mit Bernd Riexinger

Dienstag, 30. August | 15:30 Uhr | Albertplatz, Nähe Nudelturm

Die erstarkende Rechte - bricht Europa auseinander?

Podiumsdiskussion mit Bernd Riexinger und Kerstin Köditz

Dienstag, 30. August | 19:00 Uhr | Haus der Begegnung

Ohne einen Kurswechsel in Deutschland – hin zu einer sozialen Alternative zum neoliberalen Exportmodell – wird es keine Lösung der Krise und keinen grundlegenden Richtungswechsel in Europa geben. Mehr denn je geht es jetzt um die Bildung eines gesellschaftlichen Lagers des Neins zur Kürzungspolitik und Zerstörung der Demokratie, das über klassisch linke Kreise hinausgeht. <<<



Umstrittener Weg

Nun steht eben jenes Abkommen kurz vor dem Inkrafttreten. Hierbei soll der umstrittene Weg der „vorläufigen Anwendung“ genommen werden, in dem bereits Fakten geschaffen werden bevor die Parlamente der Mitgliedstaaten ihre Zustimmung gegeben haben. Möglich wäre dies, wenn CETA ein reines EU-Abkommen darstellen würde. Neben den weitläufigen Folgen für die Mitgliedstaaten ist dieses Verfahren vor allem zu kritisieren, da die Rechtsnatur des Abkommens zwar mittlerweile als gemischtes Abkommen definiert wurde, jedoch die Abschnitte mit reiner Zuständigkeit der Union bereits vor-

läufig inkrafttreten sollen. Durch ein solches Verfahren wächst der politische Druck, dem gesamten Abkommen alternativlos zustimmen zu müssen.

Einfluss auf Kommunen

Auch der Freistaat Sachsen und seine Kommunen werden nicht von CETA ausgenommen oder gar verschont. So gilt es, mit Blick auf die beginnenden Haushaltsverhandlungen im Landtag, auch das Freihandelsabkommen mitzudenken und Rücklagen für mögliche Investorenklagen zu bilden. Denn auch wenn statt eines Investitionsschiedsgerichts ein Investitionsschiedsgerichtshof

mit Revisionsinstanz vorgesehen ist, ändert sich nichts am Prinzip der Paralleljustiz. Die Erfahrung solcher Streitbeilegungsverfahren aus anderen Abkommen wie das nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA o.ä. zeigt, dass die Schuldsummen für betroffene Staaten im Millionenbereich liegen. Neben dem Freistaat gilt dies zudem für die Kommunen. Die freie Entscheidung über eine mögliche Erhöhung von Gewerbesteuern oder einem Ausstieg aus fossilen Brennstoffen sowie die öffentliche Finanzierung von Krankenhäusern kann auch in den Kommunen zukünftig beeinflusst werden. Denn auch diese Entscheidungen können schlussendlich vor

dem Investitionsschiedsgerichtshof verhandelt werden, um mögliche Gewinnverluste von Konzernen auszugleichen. Aus diesen Gründen ist es wichtig, dass wir den zivilen Protest zur „Stopp CETA und TTIP“ Großdemonstration am 17. September in Leipzig lautstark auf die Straße bringen.



MdL Anja Klotzbücher ist europapolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag

www.anja-klotzbuecher.de

Dresdner Stadtpolitik mit TTIP

von Pia Barkow

Das mittlerweile heftig kritisierte Freihandelsabkommen TTIP könnte auch erhebliche Auswirkungen auf die kommunale Politik haben. Greift man sich nur den Punkt der InvestorIn-Staat-Klagen heraus, also der Möglichkeit für InvestorInnen, Staaten zu verklagen, wenn durch veränderte Rahmenbedingungen die erwarteten Gewinne nicht realisiert werden konnten. Auf kommunale Ebene herunter gebrochen hieße das, wenn Entscheidungen im Stadtrat prognostizierte Gewinne von Unternehmen schmälern, können Schadensersatzansprüche entstehen. Das Unternehmen hätte also das Recht, vor Gericht einen Ausgleich für den entgangenen Gewinn von der Kommune einzuklagen.

Wenn wir also z.B. in Dresden beschließen würden, zur Abschreckung vor Zigarettenkonsum Bilder von Raucherlungen oder ähnliches zu plakatisieren, könnte ein Tabakkonzern Entschädigungen einfordern, da die Verkaufsmengen von Zigaretten zurückgehen.



Oder z.B. ein Beschluss, zuckerhaltige Getränke aus Schulen zu verbannen und sämtlichen Konsum und Verkauf von Cola, Fanta und Co. zu verbieten; auch das könnte eine Klage von Getränkekonzernen nach sich ziehen. Oder wenn die Stadt eine Umweltplakette einführen würde, die nur Autos die Stadtgrenze passieren lässt, deren tat-

sächlicher Abgasausstoß unterhalb einer festgelegten Marge liegt – auch hier könnte sich wieder die Möglichkeit zur Schadensersatzklage für Autokonzerne oder TankstellenbetreiberInnen bieten.

Die Liste ließe sich noch lange fortsetzen. Doch schon die wenigen Beispiele zeigen deutlich, dass das Freihandelsab-

Bus zur TTIP-Demo nach Leipzig

Am 17. September fährt ein Bus zur großen TTIP-Demo von Dresden nach Leipzig ab der Großenhainer Straße 93
Kosten: 5 Euro/10 Euro

Abfahrt Dresden: ca. 9.30 Uhr

Rückfahrt ab Leipzig: ca. 16.30 Uhr
Anmeldungen gerne telefonisch über 0351/858 38 01 oder per Mail: [kontakt\[at\]dielinke-dresden.de](mailto:kontakt[at]dielinke-dresden.de)

kommen TTIP ganz erhebliche Auswirkungen auf lokale Politik haben könnte. Und was noch schlimmer ist, durch diesen Mechanismus würde die Entscheidungsmacht über Rahmenbedingung ganz erheblich von gewählten PolitikerInnen zu Unternehmen verschoben werden. Nicht zuletzt das ist einer der Gründe, warum TTIP in der bisher bekannten Form schlicht abzulehnen ist.



Stadträtin Pia Barkow ist Mitglied im Stadtvorstand DIE LINKE. Dresden

pia.barkow@dielinke-dresden.de